



Mit Dr. Carsten Linnemann sprach Friedhelm Ost

## Agenda 2030 soll Deutschland aus der Krise führen

**CDU-Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann:**  
*„Große Steuerreform soll Mittelstand beim Spitzensteuersatz entlasten“*

**D**eutschland müsse wieder lernen, dass Wohlstand nur mit Anstrengung möglich sei. So die eindeutige Botschaft von CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann in einem Gespräch mit Staatssekretär a.D. Friedhelm Ost. Der frühere Regierungssprecher, der das Gespräch in seiner Eigenschaft als BDS-/ BVMU-Kuratoriumssprecher führte, machte deutlich, dass es aus Sicht des Verbandes ein Irrweg sei, das Bürgergeld so weit erhöht zu haben, dass es für die unteren Lohngruppen nicht mehr interessant sei, einer geregelten Arbeit nachzugehen. Eine Ansicht, die von Carsten Linnemann nach eigenen Worten uneingeschränkt geteilt wird. Auch Dis-

kussionen über die Einführung einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich und eines bedingungslosen Grundeinkommens hält der CDU-Spitzenpolitiker für kontraproduktiv. Daher plädiere er für eine Agenda 2030, um Deutschland aus der Krise zu führen. Hierzu gehöre eine große Steuerreform. Es könne nach seiner Ansicht nicht sein, dass inzwischen der 1,3fache durchschnittliche Lohn dazu führe, den Spitzensteuersatz zahlen zu müssen. Vor rund 20 Jahren hätte man das 15- bis 20fache verdienen müssen, um unter den Spitzensteuersatz zu fallen, hob Linnemann hervor. Er würde sogar noch einen Schritt weiter gehen, unterstrich

der CDU-Generalsekretär. Derjenige, der Überstunden mache oder als Rentner im Betrieb verbleibe, müsste einen finanziellen Anreiz erhalten. Er denke dabei an rund 2.000 Euro im Monat, die dann steuerfrei blieben, konkretisierte der promovierte Volkswirt seine Überlegungen.

### **Gemeinnützige Tätigkeiten**

Ein weiterer Knackpunkt ist für Carsten Linnemann, dass beim Bürgergeld nur noch das Fördern, aber nicht mehr das Fordern im Vordergrund steht. Er plädiere dafür, dass jeder, der arbeiten kann und Sozialleistungen bezieht und nach spätestens sechs Monaten keine

zumutbare Arbeit angenommen habe, gemeinnützig tätig werden müsse, präzierte Linnemann seine Überlegungen.

Weiterhin sei es für ihn wichtig, so Carsten Linnemann weiter, dass Deutschland wieder ein Rechtsstaat werde, der funktioniere. O-Ton Linnemann: „Die Menschen haben das Gefühl, wenn ich falsch parke, funktioniert der Rechtsstaat, wenn aber jemand das Brandenburger Tor anmalt, funktioniert er nicht.“

### **Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen**

Auf die Frage von Friedhelm Ost, ob die Union in Regierungsverantwortung das Bürgergeld in der jetzigen Form beibehalten werde, setzte Carsten Linnemann ein klares Signal. Seine Antwort: „Wir werden das Bürgergeld in der jetzigen Form wieder abschaffen.“ Für ihn sei schon der Name „Bürgergeld“ irritierend, weil es sich hierbei um eine steuerfinanzierte Sozialleistung handele, die den Eindruck vermittele, dass jedem das Geld in Deutschland zustehe.

Für Friedhelm Ost ist auch das Thema Erbschaftssteuer von eminenter Bedeutung für die mittelständischen Personengesellschaften in Deutschland. So habe die CDU-Kommission „Wohlstand“ vorgeschlagen, alle Erbschaften mit einer Flat Tax von zehn Prozent zu belegen. Nach seiner Ansicht seien die Pläne der Wohlstands-Politiker wenig sachgerecht – besonders mit Blick auf die Weiterführung des Betriebes und die damit verbundenen Arbeitsplätze, begründete Ost die Haltung des BVMU-Kuratoriums. Bei der Debatte innerhalb der Kommission „Wohlstand“ sei davon ausgegangen worden, dass das Bundesverfassungsgericht die jetzige Regelung kippen werde, stellte Carsten Linnemann klar. Daher habe es Überlegungen gegeben, wie man reagieren könne. Wichtig für die CDU sei, den Mittelstand in Deutschland zu stützen. Es dürfe in Deutschland nicht so weit gehen, den selbstständigen Unternehmern noch weitere Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Insofern werde er das Thema Erbschaftssteuer auch zu sei-

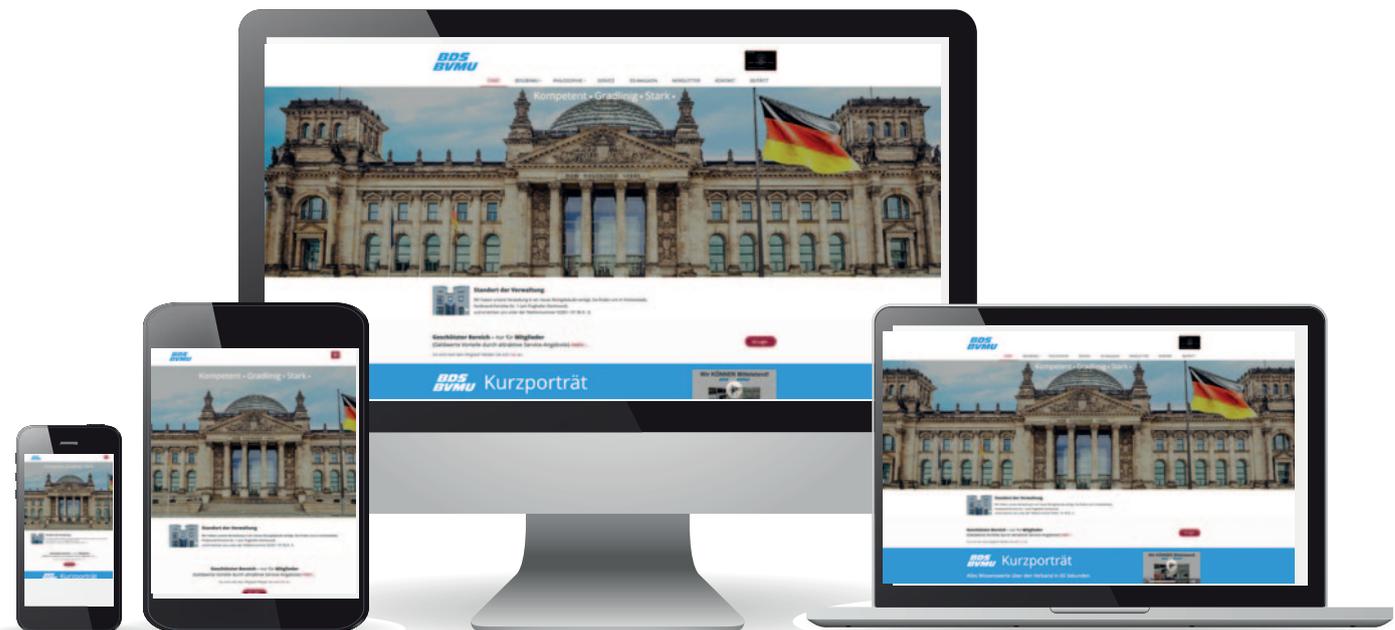
nem Thema als CDU-Generalsekretär machen, betonte Linnemann.

### **Gaststättensterben befürchtet**

Ein weiteres Thema bei dem Gedankenaustausch zwischen Carsten Linnemann und Friedhelm Ost war der Plan der Ampelregierung, den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent für im Lokal verzehrte Speisen ab Januar 2024 wieder auf 19 Prozent anzuheben. Das würde zu einem weiteren Gaststättensterben führen, so Carsten Linnemann. Ebenso werde die kurze verbleibende Zeit bis zum Ende des Jahres, weitere Probleme mit sich bringen. So die Neuprogrammierung der Kasse und der Druck neuer Speisekarten.

Auch in dieser Frage hat Carsten Linnemann eine dezidierte Meinung. Er möchte nach eigenen Worten nicht in einem Land leben, wo man in Zukunft durch einen Restaurantbesuch erkennen könne, über welchen Geldbeutel man verfüge. Deshalb setze sich die Union dafür ein, dass die jetzige Regelung erhalten bleibt, findet Linnemann deutliche Worte. (Ja.S.) ■

**Besuchen Sie uns im Internet unter  
[www.bvmu.de](http://www.bvmu.de)**





## „Streitkultur auf Tiefpunkt angelangt“

*Carsten Linnemann vermisst Typen wie Franz Josef Strauß in der Politik*

**N**eben Friedrich Merz ist Carsten Linnemann fraglos der wichtigste und einflussreichste Politiker innerhalb der Christlich-Demokratischen Union. Als Generalsekretär seiner Partei und Vorsitzender der Programm- und Grundsatzkommission ist der promovierte Volkswirt zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU. Nicht nur als CDU-Generalsekretär, sondern auch zuvor, zeigte Carsten Linnemann Mut zur eigenen Meinung. So votierte der gebürtige Paderborner bei allen Abstimmungen zur Griechenlandhilfe mit Nein und setzte sich für eine Alternative zur Rettungsschirm-Strategie in Form einer Insolvenzverordnung für die Staaten der Eurozone ein. Gemeinsam mit weiteren CDU-Vorstandsmitgliedern machte sich Linnemann 2017 für ein Islamgesetz stark, das die

Rechte und Pflichten der in Deutschland lebenden Muslime regeln soll. So plädierte er für ein Verbot der vollständigen Auslandsfinanzierung von Moscheen. Im Mai 2023 forderte Carsten Linnemann eine „Debatte über die Erwerbspflicht“ in „Bereichen, wo der Staat Autorität zeigen muss“. Seine Philippika: „Jeder, der vom Staat Geld erhalte, muss auch arbeiten.“ Wenige Tage nach seiner Ernennung zum Generalsekretär forderte Linnemann, sogenannte Klimakleber im Schnellverfahren abzuurteilen, „sodass sie noch am selben Tag vor dem Richter stehen“. Dass bei seiner politischen Philosophie der Bereich „Klartext reden, statt herumzuschwurbeln“ einen festen Platz hat, machte Carsten Linnemann auch in einem Gespräch mit Friedhelm Ost und Janina Schäfer deutlich.

**?** Laut Umfragen sind rund 75 Prozent der wahlberechtigten Menschen in Deutschland unzufrieden mit der Politik der Ampel-Regierung. Allerdings kann die Union nicht davon profitieren – auch das belegen aktuelle Umfragen. Wie bewerten Sie diese für die Union doch recht unbefriedigende Situation? Gibt es Gründe, die aus Ihrer Sicht dazu führen oder geführt haben, dass die Union keinen Boden gegenüber der Ampel gutmachen kann?

**Dr. Carsten Linnemann:** Das sehe ich anders: Wir liegen meist deutlich über 30%, in einigen Umfragen ist die Union sogar stärker als SPD und Grüne zusammen. Wären morgen Bundestagswahlen, könnte gegen uns nicht regiert werden. Nach der verlorenen Bundestagswahl 2021 haben wir unsere Positionen nicht klar genug hervorgehoben. Aber jetzt sind wir wieder auf Kurs. Unser Grundsatzzprogramm wird zu aktuellen Fragen in die richtige Richtung zeigen. Wichtig ist: Wir müssen wieder Vertrauen zurückgewinnen. Daran arbeiten wir weiter alle gemeinsam. Wir sind dabei

auf einem guten Weg, wie auch die letzten Meinungsumfragen belegen.

**?** Liegt nicht eines der unbefriedigenden Umfrageergebnisse auch darin begründet, dass innerparteiliche Gegner Friedrich Merz politisch final zerstören wollen. Wie sonst ist es zu erklären, dass beispielsweise Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner die schwarz-grüne Regierungsoption preist, während Friedrich Merz vor Wochen die Grünen zum Hauptgegner ernannt hat?

**Dr. Carsten Linnemann:** Wenn man sich innerhalb der Partei über Twitter zankt, zerreißt das eine Volkspartei, sofern man das zulässt. Dieser fehlenden Geschlossenheit bin ich massiv entgegengetreten. Mit Erfolg. Intern können wir jederzeit gerne kontrovers diskutieren, aber nach außen müssen wir geschlossen auftreten – das klappt jetzt immer besser. Es gibt natürlich zum Beispiel beim Thema Zusammenarbeit mit den Grünen Unterschiede zwischen der Landesebene



*„Wären morgen Bundestagswahlen, könnte gegen uns nicht regiert werden.“*



*„Unter modernem Konservatismus verstehe ich, dass wir vor allem an unseren Werten festhalten. Das C im Namen der Union ist zeitlos und unverrückbar.“*



*„Typen wie Franz Josef Strauß, Alfred Dregger, Helmut Kohl und Herbert Wehner sind heute rar gesät.“*

und der Bundesebene. Das liegt allein an den Themen. Beim Thema „Migration“, das vor allem auf der Bundesebene entschieden wird, liegen die Positionen der Grünen am weitesten von unseren entfernt.

**?** Bereits im November 2021 haben Sie in einem bemerkenswerten Beitrag im Nachrichtenmagazin Focus davon gesprochen, dass die CDU nur mit neuen alten Werten erfolgreich sein kann. Dabei dürfe die CDU nicht nach hinten schauen, sondern müsse eine Art modernen Konservatismus präsentieren. Was ist unter diesem durchaus ungewöhnlichen Begriff zu verstehen?

**Dr. Carsten Linnemann:** Unter modernem Konservatismus verstehe ich, dass wir vor allem an unseren Werten festhalten. Das C im Namen der Union ist zeitlos und unverrückbar – es unterscheidet uns von den Linksparteien. Wir gehen als CDU immer von der individuellen Personalität aus. Wir nehmen die Menschen so wie sie sind und nicht wie sie sein sollten. Linke Parteien denken vom Kollektiv her und nicht vom Individuum. Vor allem deshalb ist es wichtig, dass wir an dem C festhalten, uns aber gleichzeitig auch für Neues öffnen, ohne das Bewährte in Frage zu stellen.

**?** Als Generalsekretär der CDU haben Sie neue Akzente gesetzt. So dürfe „populistisch“ kein reines Schimpfwort sein, denn jede Partei habe einen populistischen Kern. Für diese Aussage schlug Ihnen die Empörung der Berufsbehafteten entgegen. Sehen Sie das auch als ein gutes Zeichen, wie es Welt-Chefredakteur Ulf Poschardt in einem Kommentar anmerkte?

**Dr. Carsten Linnemann:** Wenn unter Populismus verstanden wird, dass man auch einmal das sagt, was viele Bürger denken, dann bin ich gern bereit, über Populismus zu reden. Mir scheint, dass der Abstand zwischen Bürgern und Politikern noch nie so groß war wie momentan. Als Volksvertreter ist es unsere Aufgabe, Politik für das Volk zu machen. Das heißt aber nicht, dem Zeitgeist hinterherzulaufen, sondern zu unseren Überzeugungen zu stehen. Und das kann auch bedeuten, sofern wir einmal nicht die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite haben, bei bestimmten Positionen für unsere Ansichten zu kämpfen und nicht der Mehrheit nach dem Mund zu reden.

**?** In einem ebenfalls aus dem Jahr 2021 stammenden Bericht auf Focus online beklagen Sie, die Streitkultur in Deutschland sei an einem Tiefpunkt angelangt, weil der Trend vorherrsche, jedes Wort unter die Lupe zu nehmen und alles, was nicht dem linken Mainstream entspreche, als rechts und böse abgestempelt werde. Wie bewerten Sie die Stigmatisierung des Andersdenkenden und die Streitkultur in Deutschland im Jahr 2023?

**Dr. Carsten Linnemann:** In der Tat ist die Streitkultur in Deutschland auf einem Tiefpunkt angelangt. Typen wie Alfred Dregger, Franz Josef Strauß, Helmut Kohl und Herbert Wehner sind heute rar gesät. Deshalb würde ich mich freuen, wenn wieder mehr Leute in die Politik gingen, die klare Positionen haben und zu ihren Überzeugungen stehen. Auch wenn Gegenwind kommt. Anders gesagt: Wir brauchen Typen, die Shitstorms aushalten und davor keine Angst haben. Leider sind diese Politiker fast ausgestorben in Deutschland. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müssen wir lernen, dass Andersdenkende auch das Recht haben, ihre Meinung uneingeschränkt äußern zu können. Dies ist übrigens der Grund dafür, warum ich mich für ein Gesellschaftsjahr einsetze, in dem junge Leute sich nach ihrem Schulabschluss für ein Jahr in den Dienst der Gesellschaft stellen. Das kann im sozialen Bereich sein, das kann bei der Bundeswehr, das kann bei der Feuerwehr und kann im europäischen Ausland sein, weil man dann in der Mitte der Gesellschaft steht und lernt zu debattieren, zu diskutieren und in der Sache zu streiten.

**?** Sie fordern, dass Europas Grenzen stärker geschützt werden. Ohne positiven Asylbescheid solle keiner mehr in die EU einreisen dürfen. Auch Zäune müssen möglich sein. Für diese Forderung haben Sie ebenfalls massive Kritik, vor allem von den Bündnisgrünen, einstecken müssen. Wie sieht es denn mit der Unterstützung Ihrer Forderung in der eigenen Partei aus?

**Dr. Carsten Linnemann:** Zunächst gilt es, mit einem Irrglauben aufzuräumen. Wir haben unsere nationalen Grenzen nämlich nicht abgeschafft, sondern wir haben sie nur an die europäische Außengrenze verschoben. Allerdings funktionieren die Grenzkontrollen an den europäischen Außengrenzen nicht. Seit zig Jahren ist das Problem bekannt, ohne dass es gelöst wird. Deshalb war die Einrichtung stationärer Grenzkontrollen an den deutschen Grenzen richtig. Ich bin darüber nicht glücklich, aber solange die EU-Außengrenzen nicht gesichert sind, braucht es Kontrollen an den Binnengrenzen. Und die Asylverfahren sollten perspektivisch in Drittstaaten oder an den EU-Außengrenzen durchgeführt werden. Ziel muss es sein, dass nur diejenigen in das Territorium der Europäischen Union einreisen dürfen, die bereits einen positiven Asylbescheid erhalten haben. Denn wer erst einmal in Deutschland ist, kann nur sehr schwer wieder abgeschoben werden. Deshalb müssen wir das Pferd von vorne aufzäumen und bereits vor der Einreise festlegen, wer zu uns kommen darf.



**?** Wäre es nicht an der Zeit, dass die Union klare Kante fordert, wenn es um die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern geht? Oder wird hier im Vorgriff Rücksicht genommen auf einen möglichen Koalitionspartner?

**Dr. Carsten Linnemann:** Ich spreche Klartext. Allerdings können wir als Opposition nur warnend unsere Stimme erheben. Abhilfe muss die Bundesregierung schaffen. Ich darf mich wiederholen: Ziel muss es sein, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, erst gar nicht nach Deutschland kommen dürfen. Wenn wir das nicht schaffen, explodiert der

gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland, weil unsere Gesellschaft völlig überfordert ist. Nur einige Fakten: Tausende von Schulkindern aus Flüchtlingsfamilien gehen nicht zur Schule, weil die Lehrer fehlen und die Raumkapazitäten nicht vorhanden sind. Es fehlen 350 000 Kitaplätze und 700 000 Wohn-einheiten. Hinzu kommt, wie die Vergangenheit gezeigt hat und die Gegenwart zeigt, dass viele Asylbewerber konträr zu unseren Werten stehen. Schauen Sie nur auf die Anti-Israel-Demonstrationen in Berlin und anderswo. Allein deshalb ist ein Systemwechsel notwendiger denn je. ■

*„Ziel muss es sein, dass Menschen, die keine Bleibeperspektive haben, erst gar nicht nach Deutschland kommen dürfen.“*



*Die Fragen stellten Friedhelm Ost und Janina Schäfer*

## IMPRESSUM

**DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL**  
ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW, und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V.  
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede  
Tel. (02301) 91 96 8-0, Fax (02301) 91 96 8-29  
E-Mail: info@bvmu.de

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Janina Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, Janina Schäfer, BDS Archiv  
Layout: Joachim Schäfer/K6 Medien  
Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund  
Bezugsbedingungen:  
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU/zum BDS abgegolten.  
Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e.V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:  
BDS/BVMU e.V.  
Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede  
Internet: www.bvmu.de  
E-Mail: info@bvmu.de  
© by: BDS/BVMU e.V.

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.